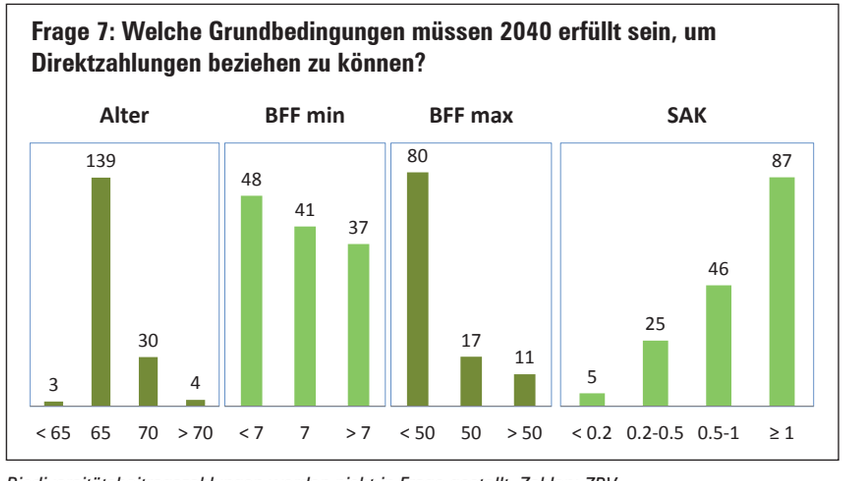
Aktuelles aus dem ZBV

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ 044 217 77 33 ■ www.zbv.ch

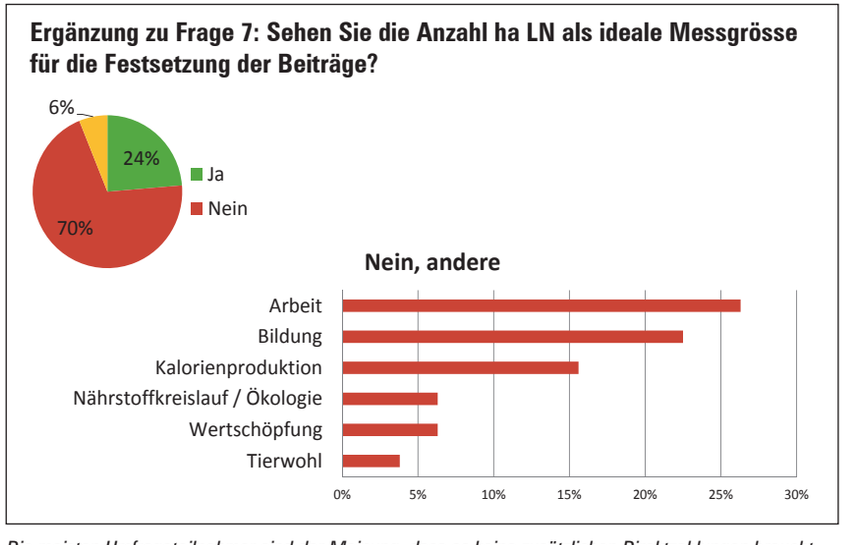
Berichtreihe

Umfrage «Landwirtschaft im Kanton Zürich 2040 – Quo Vadis»

Letze Woche haben wir an dieser Stelle die Zersiedlungs-Initiative vorgestellt. Turnusgemäss widmen wir uns heute wieder der detaillierten Vorstellung unserer Umfrage. Schauen wir uns die Antworten und Aussagen zur Frage «Welche Grundbedingungen müssen 2040 erfüllt sein, um Direktzahlungen beziehen zu können» und der Ergänzungsfrage «Sehen Sie die Anzahl ha LN als ideale Messgrösse für die Festsetzung der Beiträge» genauer an.



Biodiversitätsbeitragszahlungen werden nicht in Frage gestellt. Zahlen: ZBV



Die meisten Umfrageteilnehmer sind der Meinung, dass es keine zusätzlichen Direktzahlungen braucht. Bild: ZBV

Klare Grenze bei Erreichen Alter 65

Zur dieser Frage haben die Umfrageteilnehmer die Möglichkeit gehabt, Ihre individuellen Angaben zu machen. So mussten Sie Alter, minimale bzw. maximale Prozentangaben im Bezug zur landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) sowie die Minimalanforderung zur Grösse der Standardarbeitskraft (SAK) nennen. Ein deutliches Ergebnis kommt zustande, wenn es um die maximale obere Altersgrenze für die Zuteilung von Direktzahlungen geht. Knapp 80 Prozent beantworten die Frage mit dem Maximalalter 65. Eine deutliche Minderheit will das Höchstalter auf 70 Jahre festlegen und Einzelmeldungen sind der Meinung, dass diese Limite unter dem Erreichen des 65. Altersjahr oder über 70 Jahre liegen soll.

Biodiversitätsförderflächen (BFF) im Verhältnis zur LN

Für die Auswertung wurden aufgrund der sehr unterschiedlichen Rückmeldungen Mittelgrenzwert definiert. Sind bei der minimalen BFF die Rückmeldungen indifferent, da die Antworten sich bei «unter, gleich oder über» dem Grenzwert 7 beinahe die Waage halten, zeigt sich bei der maximalen BFF klar, dass eine grosse Mehrheit das BFF-Maximum bei weniger als 50 Prozent ansiedeln will.

Standardarbeitskraft (SAK)

Beachten wir bei der obenstehenden Grafik die beiden Säulen ganz rechts, erkennen wir, dass über 80 Prozent der Umfrageteilnehmer die SAK inskünftig mindestens bei einer Grösse von 0,5 oder höher als Grundbedingung festlegen wollen. Dies zeigt klar, dass die bestehende Grenze von 0,2 bei Bäuerinnen und Bauern als zu tief erachtet wird.

Flächenbezogene Direktzahlung nicht gewünscht

In der Ergänzungsfrage mussten die Teilnehmer Stellung beziehen, ob das flächenbezogene Direktzahlungssystem den Zweck erfüllt. Ein klare Mehrheit von 70 Prozent spricht sich für eine dringend notwendige, andere Berechnungsgrundlage aus. Dies unter anderem auf der Basis von Arbeitsleistung, Bildung bzw. Ausbildung – so z.B. «keine Direktzahlung ohne EFZ oder Fachausweis» der DZ-Empfänger oder der Bemessung der Kalorienproduktion. Weitere, jedoch deutlich weniger Rückmeldungen bevorzugen eine Systemumstellung auf die Themen Ökologie, Wertschöpfung und Tierwohl.

Die Berichterstattung über die Umfrage wird nach der Sommerpause des «Zürcher Bauer» wieder aufgegriffen. In der Ausgabe vom 17. August 2018 behandeln wir die nächste Erläuterung der Umfrage, eine Woche später wenden wir uns einer weiteren Volksinitiative zu.

Das Gesicht der Initiative «Sauberes Trinkwasser», Frau Franziska Herren wird ebenfalls am nächsten JULA-Höck am 29. August als Referentin auftreten.

■ MCA